

Agiert Europa noch als eigenständiges Subjekt, oder ist es zur bloßen Manövriermasse Washingtons degradiert? Anlässlich der Vorstellung seines neuen Buches „Stark für den Frieden“ am 12. Februar in Berlin sprach **Éva Péli** mit dem Politikwissenschaftler **Johannes Varwick**. Während Bundeskanzler Friedrich Merz einseitig auf „Kriegstüchtigkeit“ setzt, warnt Varwick vor einer fatalen Fehlentwicklung, der „Schutzgeld-Mentalität“ gegenüber den USA und dem gefährlichen Verlust diplomatischer Handlungsfähigkeit.

Interview Teil 1

Éva Péli: Bei der Vorstellung Ihres Buches „Stark für den Frieden“ kürzlich in Berlin warnte Brigadegeneral a. D. Rainer Schwalb: „Ohne Ziel stimmt jede Richtung“. Bundeskanzler Friedrich Merz setzt nun jedoch einseitig auf „Kriegstüchtigkeit“. Riskieren wir ohne eine klare Friedensvision die totale Erschöpfung? Befinden wir uns bereits in einer strategischen Sackgasse?

Johannes Varwick: Ja, wir befinden uns in einer strategischen Sackgasse. Ich teile diese Analyse, auch wenn dies eine Sichtweise ist, die nicht verbreitet scheint. Wir wiegen uns in der Illusion, mit dem jetzigen Kurs in der Ukraine nur lange genug durchhalten zu müssen. Dann werde Russland – so die Vorstellung – den Fehler anerkennen und sich zurückziehen. Die Ukraine würde ins westliche Lager wechseln und der Konflikt wäre beendet.

Ich bin überzeugt, dass sich Europa in die falsche Richtung bewegt und keine Strategie für die neue sicherheitspolitische Lage besitzt – oder besser gesagt: Es verfolgt die falsche Strategie. Ein „Weiter so“ erweist sich spätestens nach der politischen Wende in Washington als aussichtslos.

Die Europäer übernehmen sich bei dieser Frage. Sie tragen nicht zu einer Lösung bei, sondern verhindern eine solche. Sie stehen allein da und versuchen, diese Isolation mit einer Emanzipationsrhetorik zu überspielen, die keine Substanz besitzt. Der Kurs Europas gibt Anlass zu ernsthafter Sorge. Es läuft in die falsche Richtung.

Deutschland verfolgt unter der aktuellen Regierung das Ziel, die schlagkräftigste Armee des Kontinents aufzubauen und die „Sprache der Macht“ neu zu erlernen. Riskieren wir damit nicht, das Vertrauen enger Partner wie Ungarn und anderer europäischer Nachbarn zu verlieren? Erleben wir hier eine Rückkehr zur deutschen Dominanz, die von kleineren Staaten weniger als Schutz, sondern vielmehr als Bedrohung ihrer eigenen Souveränität wahrgenommen wird?

Wenn wir auf das Heute blicken, mag es nicht danach aussehen, aber kluge Politik muss an morgen und an übermorgen denken. Ich bin davon überzeugt, dass die aktuelle Entwicklung zu Abwehrreaktionen selbst bei unseren engsten Partnern führen wird.

Es gibt diesen Satz des polnischen Außenministers Radosław Sikorski, den Friedrich Merz in München zitiert hat: Man fürchte deutsche Schwäche mehr als deutsche Stärke. Doch das ist nicht die ganze Wahrheit. In dem Moment, in dem Deutschland sich von allen Fesseln löst, kehrt die alte europäische Problematik der Hegemonie zurück.

Frankreich wird das nicht begrüßen. Auch wenn es nicht in den Schlagzeilen steht: Paris bleibt skeptisch gegenüber einer deutschen Übermacht. Die Sorge vor einer neuen Hegemonie ist im strategischen Diskurs Frankreichs präsent. Der Tag wird kommen, an dem deutsche Stärke wieder zu einem Problem für Deutschland selbst wird – erst recht, wenn sie mit einer martialischen Rhetorik verbunden ist, wie Friedrich Merz sie pflegt. Solche Zuspitzungen sind unnötig und führen zu Abwehrreaktionen – vielleicht nicht heute, aber sicher morgen oder übermorgen.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt nannte die NATO-Osterweiterung seinerzeit einen strategischen Fehler und warnte frühzeitig, dass eine Ausdehnung des Bündnisses bis an die russischen Grenzen in Moskau als Bedrohung wahrgenommen werden müsse. Der aktuelle Konflikt scheint die Quittung dafür zu sein, dass der Westen nach 1990 die historische Chance versäumt hat, eine stabile Sicherheitsordnung unter Einbeziehung Russlands aufzubauen. Warum ist das geschehen?

Wir müssen es eines Tages korrigieren. Die aktuelle Lage ist die Quittung dafür, dass wir es nicht geschafft haben, Russland einen Platz in der europäischen Architektur einzuräumen, mit dem das Land leben kann. Wir haben russische Sicherheitsinteressen missachtet.

Dabei müssen wir bei der NATO-Osterweiterung differenzieren: In der ersten Phase – also dem Beitritt von Polen, Ungarn und Tschechien – wurden die roten Linien Russlands nicht überschritten. Das war ein Prozess, der anfangs verträglich mit russischen Interessen schien. Doch mit dem Angebot von 2008 an die Ukraine, NATO-Mitglied zu werden, war jedem Experten klar – und das galt auch für Helmut Schmidt –, dass hier eine rote Linie überschritten wird, die zu nichts Gutem führen würde. Russland wurde damit in die Ecke gedrängt.

Der Westen hat sich stets auf den Standpunkt gestellt: „Wieso? Wir tun niemandem etwas, wir sind die Guten. Wer kann ein Problem damit haben, wenn sich ein Bündnis von

Demokratien erweitert und die beitretenden Staaten das auch so wollen?“ Das war eine naive, kurzsichtige und unstrategische Haltung.

Ist das heute noch zu korrigieren?

Ja, ich glaube schon. Im Dezember 2021 gab es den russischen Versuch, mit weitreichenden Vorschlägen eine Sicherheitsarchitektur zu gestalten. Im Westen wurde das sofort als Forderung nach einer kompletten Rückabwicklung der NATO-Osterweiterung interpretiert. Es hätte darüber verhandelt werden können. Es geht nicht darum, Polen nahezu legen, wieder aus der NATO auszutreten – das ist unvorstellbar. Aber hätte der Westen in dieser Phase das Beitrittsversprechen an die Ukraine offensiv zurückgenommen und gleichzeitig ernsthaft über Rüstungskontrolle gesprochen, hätte dieser Krieg vermutlich abgewendet werden können.

Dorthin muss der Weg zurückführen. Präsident Selenskyj hat auf der Sicherheitskonferenz das ungebrochene Festhalten am Ziel eines NATO-Beitritts bekundet. Die Europäer zeigen sich inzwischen zögerlicher, und auch aus Washington kommen glasklare Signale, dass ein solcher Beitritt nicht erfolgen wird. Genau hier liegen die Anknüpfungspunkte, um ins Gespräch zu kommen. Ein Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wäre die Eintrittskarte in Verhandlungen mit Russland über einen stabilen Interessenausgleich. Das wäre 2021 möglich gewesen – damals wurde nicht alles versucht. Auch in Istanbul im Frühjahr 2022 gab es Chancen, die ungenutzt blieben. Das bedeutet nicht, dass jede zukünftige Gelegenheit vertan ist. Ein erneuter Dialog ist unumgänglich; er bleibt der einzige Schlüssel zur Stabilisierung der Lage.

Nach nunmehr vier Jahren Krieg sind die Zerstörungen massiv und die Fronten scheinen ideologisch wie militärisch zementiert. Ist es vor diesem Hintergrund überhaupt noch realistisch, zu den Verhandlungspunkten von Ende 2021 zurückzukehren, die Moskau damals vorschlug?

Natürlich gibt es nach vier Jahren Krieg nur noch schlechte Optionen. Aber kluge, strategische Politik zeichnet sich dadurch aus, aus den schlechten Optionen die am wenigsten schlechte zu wählen. Und das Reden miteinander bleibt die am wenigsten schlechte Lösung.

Es ist kein Geheimnis, dass genau das seit dem Treffen in Anchorage im August letzten Jahres das Angebot aus Washington ist. Ich habe den Eindruck, dass die Russen auf dieses Angebot eingehen würden. Doch die Europäer agieren hier als „Spoiler“, weil sie die Ukraine zu Maximalforderungen ermuntern. In europäischen Hauptstädten herrscht noch

immer der Glaube vor, sie könnten Russland in die Knie zwingen. Das höre ich aus Hintergrundgesprächen heraus – das ist die gängige Annahme. Ich fürchte, das ist eine fatale Fehlannahme.

Dennoch gibt es Irritationen: In den russischen Medien ist in den letzten Tagen verstärkt zu hören, dass Washington bereits wieder von den bisherigen Zusagen abrücken könnte. Dort wird lautstark beklagt, dass sich die USA nicht an das halten, was im August 2025 in Alaska vereinbart wurde. Riskieren wir hier gerade den nächsten Vertrauensbruch, noch bevor die Tinte unter den Sondierungsgesprächen trocken ist?

Es gibt dazu eine Debatte. Dennoch glaube ich, dass dies der Kurs aus Washington ist. Natürlich wird es jeden Tag schwieriger, diese Position durchzuhalten. Die russischen Kriegsziele haben sich nach vier Jahren Krieg ausgeweitet, weil Moskau sieht, dass es seine Ziele – wenn auch unter enormen Verlusten – letztlich mit militärischer Gewalt erreicht.

Es bedarf dieser Deutlichkeit: Die Ausgangslage für die Ukraine verschlechtert sich mit jedem verstrichenen Tag; sie war 2021 und 2022 besser als heute. Daraus darf nicht die Konsequenz folgen, die Eskalation weiter voranzutreiben und die Verhandlungsposition Kiews erodieren zu lassen. Stattdessen ist jetzt der dringende Versuch geboten, einen tragfähigen Interessenausgleich mit Russland zu finden.

Auch die Entscheidungsträger in Washington versuchen das. Erinnern Sie sich an die Sätze von Donald Trump und seinen Beratern: „Wir müssen eine Lösung finden, die sowohl für Russland als auch für die Ukraine tragfähig ist.“ Im Gegensatz dazu scheint der europäische Westen bisher nur eine Seite der Gleichung zu kennen – nämlich eine Lösung, die ausschließlich für die Ukraine akzeptabel ist. Für die russische Seite bringt hierzulande niemand Interesse auf. Doch wer eine dauerhafte Lösung anstrebt, begeht mit dieser Ignoranz einen fundamentalen strategischen Fehler.

Sie beschreiben eine paradoxe Situation: Washington öffnet diplomatische Kanäle, während Europa - und insbesondere Berlin - auf einen Kurs der militärischen Stärke setzt. Wie wirkt sich diese Diskrepanz auf die europäische Souveränität aus?

Natürlich sind wir abhängig, doch der Gestaltungsspielraum wird nicht genutzt. Wir versuchen, uns mit der falschen Strategie unabhängig zu machen – und das kann keinen Erfolg haben. Derzeit herrscht die Vorstellung vor, der militaristische Ansatz der USA ließe sich duplizieren; als sei es zwingend, in einer „Welt von Wölfen“ selbst zum Wolf zu werden.

Ich halte diesen Weg für wenig Erfolg versprechend. Stattdessen sollten wir uns auf jene klassischen Tugenden besinnen, die Europas Stärke als Staatenmacht einst begründeten: Interessenausgleich, Entspannungspolitik und Diplomatie. Dies muss jedoch aus einer Position eigener Stärke heraus geschehen. Ich plädiere keineswegs für ein Europa als „Zivildienstleistender der Weltpolitik“ – das ist nicht die Rolle, die mir vorschwebt. Doch es ist ebenso wenig sinnvoll, den militaristischen Kurs Washingtons schlicht zu kopieren in der Hoffnung, dadurch echte Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Im Übrigen gibt es keine einheitliche europäische Politik. Es gibt Staaten, die den aktuellen Kurs ähnlich sehen – im Wesentlichen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die baltischen Staaten. Doch wenn ich nach Ungarn blicke, in die Slowakei, nach Tschechien oder auch nach Spanien und Portugal, dann zeigen sich dort erhebliche Unterschiede in diesen existenziellen Fragen. Einen einheitlichen Akteur „Europäische Union“ gibt es in dieser Hinsicht faktisch nicht.

In der aktuellen Debatte wird verstärkt über ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ diskutiert. Der Journalist Gábor Stier beschreibt die EU als ideologisch erstarrt. Ist der pragmatische Kurs, den beispielsweise Ungarn oder die Slowakei gegenüber Moskau verfolgen, nicht vielmehr eine Chance zur Deeskalation? Wie bewerten Sie dieses Potenzial?

Hier müssen wir zwei verschiedene Aspekte unterscheiden. Zum ersten Punkt: Ja, ich glaube, dass der ungarische Ansatz außenpolitisch eine wichtige Komponente enthielt. Ungeachtet der innenpolitisch problematischen Entwicklung in Ungarn war der Versuch von Viktor Orbán, mit Putin im Gespräch zu bleiben und bestimmte Eskalationsschritte nicht mitzugehen, im Kern der bessere Weg.

Das entsprach im Prinzip auch dem Ansatz der USA unter Trump – im Gegensatz zur Linie unter Biden. Hätte man diese Richtung in Europa mehrheitsfähig gemacht, stünden wir heute in einer besseren Lage. Insofern sehe ich Ungarn in dieser spezifischen Frage auf dem richtigen Weg.

Der zweite Aspekt, das „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, ist jedoch eine andere Frage. Ich kann mir kaum vorstellen, dass dies in der Außenpolitik funktioniert. Die Lissabon-Verträge stehen dem entgegen, da sie zwingend Einstimmigkeit vorsehen. Wäre das nicht so im Vertrag verankert worden, hätten viele Staaten damals gar nicht erst unterzeichnet.

Dieses Konsenserfordernis in der Außenpolitik ist zäh und träge und verhindert die „großen

Würfe“, führt aber dazu, dass die Politik am Ende von allen getragen wird. Wird dieses Prinzip aufgegeben, bricht das gesamte Gebilde auseinander. Was ich mir hingegen vorstellen kann, ist die Entwicklung militärischer Fähigkeiten in „Koalitionen der Willigen“ – etwa nach dem Vorbild des deutsch-niederländischen Korps. Aber auf der politischen Entscheidungsebene wird es bei der Einstimmigkeit bleiben. Das setzt einer europäischen Rolle zwar enge Grenzen, entspricht aber der Art und Weise, wie in Europa Außenpolitik konsensual gestaltet werden muss. Alles andere halte ich für unrealistisch.

Ergänzend dazu stellt sich die Frage, ob das „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ überhaupt noch ein Zukunftsszenario ist oder nicht längst den Ist-Zustand beschreibt. Wenn wir auf die Eurozone oder die höchst unterschiedliche Energiepolitik der Mitgliedstaaten blicken, sehen wir eine tiefe Differenzierung in der Praxis. Zeigt die Realität im Jahr 2026 nicht bereits, dass ein einheitlicher europäischer Block eine Illusion ist und wir diese Vielfalt an Ansätzen – auch in der Außenpolitik – als gegeben hinnehmen müssen?

Das ist richtig, aber es gibt einen entscheidenden Unterschied: Bei Projekten wie dem Euro ist das vertraglich so vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit des Ausstiegs, und es müssen Kriterien erfüllt sein, um teilnehmen zu können. Das war nie so angelegt, dass alle Staaten gleichzeitig mitmachen müssen. Insofern hinkt dieser Vergleich mit der Außenpolitik.

Die Außenpolitik ist ein souveränitätsbehaftetes Politikfeld. Würden dort nur noch wechselnde „Koalitionen der Willigen“ ermöglicht, mag das nach mehr Handlungsfähigkeit aussehen. Auf den zweiten Blick jedoch würde der gesamte „Laden“ auseinanderfliegen.

Stattdessen müssen wir uns die Mühe machen, Positionen wie die ungarische ernster zu nehmen. Wir müssen darüber diskutieren, anstatt Viktor Orbán reflexhaft als das „U-Boot“ Putins darzustellen, über dessen Argumente man gar nicht erst nachdenken muss. Wir müssen versuchen, echte gemeinsame Lösungen zu finden – nur dann wäre Europa tatsächlich handlungsfähiger. Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik gehören für mich daher in die Kiste der politischen Visionen; ich sehe sie in der aktuellen Realität nicht kommen.

Das führt mich zur Frage nach den harten Fakten: Wo verläuft die rote Linie für die deutschen Interessen? Muss eine rationale Politik im Jahr 2026 nicht endlich anerkennen, dass die Strategie aus Washington, die auf eine dauerhafte Schwächung Russlands und Chinas abzielt, den deutschen Bedürfnissen nach stabilen Handelswegen, bezahlbarer Energie und wirtschaftlicher Sicherheit fundamental widerspricht?

Ich stimme zu: Es liegt nicht in unserem Interesse, uns von Washington in einen Anti-China-Kurs ziehen zu lassen. Das Kalkül der USA ist es, Europa als Bollwerk gegen Peking zu positionieren und uns letztlich vor die Wahl zu stellen: Handel mit China oder mit den USA? Für die deutsche Wirtschaft wäre das ein fatale Entscheidung. Wir dürfen uns nicht in dieses Dilemma drängen lassen, denn Deutschland ist existenziell auf globale Handelswege angewiesen. Bricht China als Partner weg, trifft das unseren Wohlstand im Kern. Deutschland sollte dieser Strategie Washingtons nicht blind folgen, sondern eigene Prioritäten setzen.

Das gilt für Europa insgesamt. Wir haben uns einen „Deal“ aufzwingen lassen, bei dem wir US-Rohstoffe und -Waffen kaufen, um uns Loyalität zu erkaufen. Das gleicht einer „Schutzgeld-Mentalität“ und ist kein tragfähiger Ansatz für eine souveräne internationale Politik.

Ganz direkt gefragt: Ist das, was wir in der Ukraine erleben, im Kern ein Stellvertreterkrieg?

Unter der vorherigen Administration von Joe Biden war es ein Stellvertreterkrieg. Das hat sich mit dem Amtsantritt von Donald Trump grundlegend geändert. Trump will diese Front bereinigen. Sein Hauptziel ist es, zu verhindern, dass die Dinge vollends außer Kontrolle geraten – bis hin zu einer nuklearen Eskalation, die nicht mehr kalkulierbar wäre.

Das bedeutet: Trump mag unpopulär sein, aber er wollte diesen Stellvertreterkrieg nicht weiterführen und tut es auch nicht. Er signalisiert den Europäern sehr deutlich: „Wenn ihr das fortsetzen wollt, müsst ihr selbst dafür bezahlen, aber wir ziehen uns zurück.“ Insofern hat sich die Lage mit dem Regierungswechsel von Joe Biden zu Donald Trump fundamental gewandelt.

Unter Biden hatte der Konflikt den Charakter eines Stellvertreterkrieges. Diese Zeiten sind vorbei. Das Problem ist, dass die Europäer – und insbesondere die Bundesregierung unter Kanzler Merz – glauben, diesen Kurs allein fortführen zu können. Ich bin fest davon überzeugt: Das wird keinen Erfolg haben.

Wenn faktisch in Washington darüber entschieden wird, ob es zur Eskalation oder zu Verhandlungen kommt – ist Europa dann überhaupt noch ein handelndes Subjekt? Oder sind wir am Ende nur noch ein logistischer Knotenpunkt und eine geopolitische Pufferzone für die Interessen der USA?

Das Bild der „Pufferzone“ greift zu kurz. Washington hat ein massives Interesse an einem

wohlhabenden Europa – allerdings primär als Absatzmarkt. Wir beziehen teures US-Fracking-Gas statt russischem Gas und sind Großabnehmer für US-Rüstungsgüter. Das ist für Washington ein hervorragender Deal.

Der entscheidende Punkt unter Trump: Die USA wollen weniger für Europas Sicherheit bezahlen, fordern aber gleichzeitig, dass wir unsere militärischen „Hausaufgaben“ durch den Kauf von US-Waffen erledigen. Die Europäer fügen sich dem, ohne einen eigenen diplomatischen Ansatz gegenüber Russland zu entwickeln.

Ob Europa Subjekt oder Objekt ist, bleibt schwer zu beantworten. Mit 450 Millionen Menschen und enormem Wohlstand müsste die EU dieses Gewicht in politischen Einfluss ummünzen. Dass dies misslingt, liegt auch an ihrer Natur als Akteur *sui generis* – sie ist kein Staat und kann daher kaum mit einer Stimme sprechen. Dieser Sonderstatus macht Europa in der Geopolitik schwer greifbar.

Lesetipp: Johannes Varwick – [Stark für den Frieden. Plädoyer für eine neue Realpolitik](#). Neu-Isenburg 2026, Westend Verlag, Taschenbuch, 176 Seiten, ISBN 978-3987913587, 18 Euro.

Das Buch wurde am 12. Februar 2026 in Berlin offiziell vorgestellt und ist im Buchhandel erhältlich.

*Über den Interviewpartner: **Prof. Dr. Johannes Varwick** ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Er gilt als einer der profiliertesten deutschen Experten für Sicherheitspolitik und die Rolle der NATO. Varwick war unter anderem Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und lehrt regelmäßig an internationalen Militärakademien. In seinem aktuellen Buch „**Stark für den Frieden**“ (2025/2026) setzt er sich kritisch mit der zunehmenden Militarisierung der europäischen Außenpolitik auseinander und wirbt für eine Rückkehr zu realpolitischen diplomatischen Ansätzen sowie das Konzept einer „bewaffneten Neutralität“ für die Ukraine. *